

Beschluss des Landrats vom 31.10.2024

Nr. 800

12. Fragestunde der Landratssitzung vom 31. Oktober 2024 2024/610; Protokoll: gs

1. Matthias Ritter: Borkenkäfer

Keine Zusatzfragen.

2. Dieter Epple: Pflegeheime/Pflegebetten

Keine Zusatzfragen.

3. Jan Kirchmayr: Zwischenstand Erarbeitung Park & Ride- und Bike & Ride-Konzepte

Keine Zusatzfragen.

4. Marco Agostini: Kein Budget im AFP 25–28 für neue Finanzhilfen

Marco Agostini (Grüne) dankt für die Beantwortung und stellt eine Zusatzfrage: *Welche Einsparungen erwartet der Regierungsrat, wenn er im nächsten Jahr oder in den nächsten vier Jahren gar keine Finanzhilfen mehr gibt? Geht es um ähnliche Beträge wie im AFP 2024-2027, wie dies in der Beantwortung angegeben ist? Oder ist es ein anderer Betrag?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, man habe diese Diskussionen bereits in der Finanzkommission geführt. Der Redner würde sich weit aus dem Fenster lehnen, wenn er zu den Finanzhilfen eine Zahl nennen würde. Es geht sicher um einen zweistelligen Millionenbetrag. Die Frage soll aber besser erst angeschaut werden; und in der Finanzkommission soll nochmals dargelegt werden, welche Summen im AFP 2025-2028 enthalten sind. Die Aussage war schlicht: Man friert die Mittel auf dem Niveau ein, wie es im AFP 2024-2027 enthalten war. Es wurde in der Finanzkommission bereits dargelegt, dass es nicht darum geht, keine neuen Finanzhilfen zu gewähren. Wenn ein Antrag gestellt wird, wird der Regierungsrat ihn selbstverständlich prüfen. Man wird aber bei der Gewährung von neuen Finanzhilfen sicher zurückhaltender sein. Wie hoch der Gesamtbetrag an Finanzhilfen ist, soll aber besser sauber abgeklärt werden.

5. Béatrix von Sury d'Aspremont: Kitas in Not 2.0

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) ist angesichts der Antworten etwas desillusioniert. Die Zusatzfrage lautet: *Kann man wirklich davon ausgehen, dass die Gesetzesvorlage zumindest im Jahr 2025 im Landrat eintreffen wird?* Es brennt wirklich. Das Fachkräftepersonal läuft weg – und die Kitas wie auch die Gemeinden haben wirklich Probleme.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) kann den Unmut bis zu einem gewissen Grad verstehen. Es ist aber so, dass man eine Gesetzesvorlage in einem VAGS-Projekt nicht auf die Schnelle durchboxen kann. Wenn man das Gesetz alleine in der Sicherheitsdirektion schreiben müsste, wäre dies keine Sache. Es soll aber eine Lösung geben, die auch für die Gemeinden tragbar ist. Darum braucht es diese Zeit. Die Rednerin erhält von Zeit zu Zeit Schreiben, in denen es heisst, der Regierungsrat solle endlich vorwärts machen – aber die Verfasser auch einbeziehen. Das ist der Punkt. Man kann zwar vorwärts machen – man muss aber auch alle einbeziehen. Der Plan ist, dass man die Vorlage per Mitte bzw. im zweiten Semester 2025 in den Landrat bringt. Dann ist es in den Händen des Landrats, ob er der Vorlage zustimmt. Die Volksabstimmung sollte

im Jahr 2026 stattfinden. Wenn alles gut geht, kann das Gesetz 2027 in Kraft treten. Das ist der aktuelle Zeitplan.

6. Pascal Ryf: Wie weiter mit den Brücken- und Integrationsangeboten im Kanton Basel-Landschaft?

Peter Riebli (SVP) verweist auf die Beantwortung der Frage 3. Dort heisst es: «Die Weiterentwicklung der Brücken- und Integrationsangebote ist nicht primär finanziell, sondern klar inhaltlich getrieben.» Daraus resultiert die Zusatzfrage: *Kann man dies so interpretieren, dass das KV den Leistungsauftrag bisher nicht oder nur mangelhaft erfüllt hat, sodass er ihm nun weggenommen und verstaatlicht wird?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, in der Tat seien nicht die Finanzen der Auslöser gewesen, dass man die Brückenangebote zu sich nehmen will. Das schulische Profil ist immer noch dreimal stärker im Angebot als das kombinierte Profil. Man hat klar die Meinung, dass es zumindest ausgewogen sein sollte – weil man die Jungen ja zur Berufsbildung hinführen will. Das schulische Profil soll aber nicht abgeschafft werden. Das kombinierte Profil soll gestärkt werden. Hier hat das BBZ Baselland die stärkeren Kompetenzen. Es hat viele Anknüpfungspunkte zu den Lehrbetrieben, zur Wirtschaft etc. Darum hat man schon lange gesagt, man wolle das Angebot intern anbieten – um diesen Fokus zu stärken. Dies wird auch finanzielle Auswirkungen haben, man sieht ein Einsparpotenzial. Darum wurde die Sache im AFP exponiert – weil man sich dies selbstverständlich anrechnen lassen will. Es sei daran erinnert, dass die BKSD CHF 136 Mio. an Massnahmen hinterlegt hat. Darum ist man hier etwas schneller vorgegangen, als es normalerweise der Fall wäre.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
